

Bezugspreis:

Wortführer, 6.- M., monatl. 2.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.- M., etc. ...

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die anzuzeigende Konkurrenzpreise ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 10. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Generalstreik in Rom.

Lugano, 10. Juli 1919. (T. A.) Vor Beginn der gestrigen Kammerberatung wurden in Rom umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, da infolge der Unruhen mit Ausschreitungen gegen das Parlament gerechnet werden mußte.

Die politische Atmosphäre in Rom ist mit Hochspannung geladen. In parlamentarischen Kreisen herrscht eine tiefgehende Erregung, die zum Teil in der gestrigen Sitzung zum Ausdruck kam.

Bern, 10. Juli. Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wiederaufflackern der Feuersturmteile gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den römischen Arbeitskammern mit den Behörden und Geschäftsteilnehmern gestern gescheitert.

Eine Programmrede Rittis.

Die italienischen Unruhen.

Rom, 9. Juli. (Stefani.) Ritti erklärte in der Kammer im Namen der Regierung, daß sich das durch die Ereignisse aufgetragene Programm in folgende vier Punkte zusammenfassen lasse:

- 1. Die Friedensverhandlungen werden unter überzeugter Verteidigung des Programms der nationalen Ansprüche, 2. so rasch als möglich den Übergang vom Kriegszustand zum Friedenszustand durchzuführen, 3. die Existenzbedingungen des Volkes erleichtern, 4. rasch die durch die neue Lage notwendig gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vorbereiten.

Am dieses Programm zu verwirklichen, müsse die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werden. Die Regierung werde sie fest und ohne Schwäche aufrechterhalten.

Hinsichtlich der finanziellen Fragen sagte Ritti, daß die auswärtige Schuld sich auf 20 Milliarden und die innere auf 58 Milliarden belaufe. Man müsse weniger verbrauchen, mehr produzieren und intensiver arbeiten.

Er erklärte zur auswärtigen Politik, daß in diesem Augenblick die wesentlichen Fragen für Italien noch nicht entschieden seien und daß man inbezug auf die Abria noch nicht auf dem Wege einer befriedigenden Lösung der nationalen, gerechten Forderungen sei.

Die Presse hat die Bedeutung einzelner unangenehmer Zwischenfälle übertrieben, die in Trieste und in anderen Städten des Königreichs vorgefallen sind.

Französische Beruhigungsversuche.

Bern, 10. Juli. Die französische Presse hält im allgemeinen die italienischen Meldungen über die Zwischenfälle in Trieste für übertrieben. „Journal des Debats“ sagt, man dürfe die augenblickliche Ungewißheit über die Abriafrage nicht andauern lassen, wenn man nicht großen Gefahren entgegengehen wolle.

Wie der Kaiserprozeß entstand.

Amsterdam, 10. Juli. „Telegraaf“ berichtet aus Paris: „New York Herald“ erzählt, wie der Dreiertag zu dem Beschluß kam, den Kaiser in London vor ein Gericht zu stellen. Danach hat Lloyd George während einer Pause in den Beratungen plötzlich gefragt: Sind Sie dagegen, daß der Prozeß in London stattfindet?

Unruhen in Serbien.

Blutige Zusammenstöße in Sarajewo.

Wien, 10. Juli. Aus Bukarest wird berichtet: Die Agentur Dacia meldet aus Belgrad: Die Lage in Serbien wird immer kritischer. In Belgrad und anderen Städten finden fortgesetzt Umzüge gegen die von der Regierung verfügten Massenverhaftungen von Sozialisten statt.

Auch die aus Bosnien und der Herzegowina eintreffenden Nachrichten besagen, daß dort die Lage sehr gespannt ist. Die bosnische Provinzialregierung erkennt die Anweisungen der Belgrader Regierung nicht an.

Dänemark und die Aufhebung der Blockade.

Kopenhagen, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf Ausage der hiesigen amerikanischen Gesandtschaft auch namens der übrigen Entente-Gesandtschaften beim Außenministerium, ob es mit Aufhebung der Handelsabkommen mit den kriegführenden Ländern, sobald Deutschland die Ratifizierung des Friedens der Entente offiziell bekannt gegeben hat, einverstanden wäre, hat die dänische Regierung bejahend geantwortet.

Notsschreie aus dem Osten.

Jetzt ist Besonnenheit Pflicht.

Aus den vor der Gefahr der Fremdherrschaft stehenden Ostgebieten gehen und fortgesetzt Schreie zu, in denen leidenschaftliche Forderungen für die Freie zu Deutschland und die Stimmung höchster Verzweiflung gegenüber der brutalen Gewalt der Entente, die durch die Unterwerfung ganzer deutscher Ostgebiete unter die polnische Wirtschaf für sie droht.

In vielen Orten ist die Bevölkerung trotz- und fassungslos. Sie wollen auf keinen Preis einen kulturell rückständigen Staatswesen und einer fremden, ihnen unfreundlich gesinnten Oberherrschaft verfallen.

Wir werden euch nicht vergessen, Brüder, die ihr auf fernem Grenzposten steht und euch vorübergehend der Nocht unterwerfen müßt! Wir bleiben trotz aller Vergewaltigung national eins und werden nicht aufhören, die Kräfte zu sammeln, die eines Tages auch für den Osten die Ketten brechen werden.

Danzig, 10. Juli. Der Aktionsausschuß der werktätigen Bevölkerung in Danzig hat folgendes Telegramm an die Entente abgefaßt: Die Danziger Arbeiterschaft steht vor ihrer Existenzfrage. Die hiesigen Behörden können keine Arbeitsmöglichkeit für die Zukunft schaffen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Man schreibt uns:

Die Erwerbslosenfürsorge in ihrer heutigen Gestalt beschränkt sich im wesentlichen auf Gewährung von Almosen aus öffentlichen Mitteln. Daraus erwächst die erbitterte Kritik, der sie von allen Seiten ausgesetzt ist.

Die Arbeitslosen, gegen ihren Willen zu Almosenempfängern erniedrigt und argwöhnischer Kontrolle unterworfen, leiden Not und werden moralisch zu Grunde gerichtet. Die Gesamtheit gewinnt mit dem gewaltigsten Millionenaufwande — allein für Berlin bisher über 130 Millionen Mark! — Feinerlei Berte, sondern nur fortschreitenden ethischen und ökonomischen Verfall.

Man schreibt uns: — schon vor Monaten von Frankfurt a. M. propagierte — Gedanke der produktiven (werteschaffenden) Erwerbslosenfürsorge ein. Sie erstrebt Fürsorge für die Erwerbslosen nicht durch Almosen, sondern in weitestem Umfange durch Beschaffung von Arbeit.

Es ist viel Arbeitsgelegenheit vorhanden; die Arbeitsbedingungen sind jedoch oft so ungünstig, daß man den Erwerbslosen die Aufnahme der Arbeit nicht zumuten kann.

Zahlreiche Erwerbslose würden nun die schlechtesten Arbeit dennoch gern freiwillig übernehmen, nur um der Arbeitslosigkeit zu entkommen, wenn ihnen die Erwerbslosenfürsorge einen geringfügigen Zuschuß geben würde. Das darf sie jedoch nach der heutigen Rechtslage nicht. Sie muß alle diese Arbeitslosen, die freiwillig arbeiten möchten, nebst ihren Familien auf Wochen, Monate, halbe Jahre mit der vollen Unterstützung versorgen und sie zu weiterem Mißgange zwingen.

Diesem unleidlichen Zustande will die produktive Erwerbslosenfürsorge abhelfen. Sie will dem Schlechtesten unter Umständen einen Teil der Unterstützung zukommen lassen, damit er sich zusammen mit seinem Lohn etwas besser steht als der Voll-Erwerbslose. Der Nutzen dieser Maßnahme liegt klar zutage: Verringerung der Zahl der Erwerbslosen, Verminderung der zu gewährenden Unterstützung, Leistung von Arbeit — also Schaffung von wirtschaftlichen und sittlichen Werten mit verringerten Aufwendungen.

Aber dies ist nur ein — wenn auch besonders nahe- liegender Anwendungsfall der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Ein Arbeitsloser will aufs Land gehen. Aber er besitzt nicht die derben Kleider und Schuhe, wie sie der Landarbeiter braucht. Er hat nicht die Mittel, sich draußen Vieh anzuschaffen, dessen er zur Ergänzung der Ernährung unerlässlich bedarf; denn mit der Selbstverforgerration kann kein Landarbeiter auskommen, besonders nicht, wenn er ein ausgehungertes Städtler ist.

Der ländliche Arbeitgeber will städtische Arbeitslose aufnehmen, die von Landarbeit noch nichts verstehen. Oder der Schuhfabrikant will Arbeitskräfte aus anderen Branchen für die Schuhfabrikation anlernen. Für die ersten Anlernungs- wochen kann nicht der volle Lohn bezahlt werden.

Überausbedeute Hausbesitzer können an ihren Häusern die dringendsten Reparaturarbeiten, bei denen Hunderte von Erwerbslosen Arbeit fänden, nicht ausführen lassen. Die Erwerbslosenfürsorge soll die Arbeiten durch Beteiligung an den Unkosten ermöglichen.

Oder: Auf dem Gute A. Können keine deutschen Arbeiterfamilien eingestellt werden, weil es an ausreichender Unterkunft fehlt. Die Erwerbslosenfürsorge gibt dem Gutbesitzer bei der heutigen Teuerung den Bau nicht aus eigener Tasche bezahlen kann, einen Baukostenzuschuß für Neu- und Umbauten, wenn er sich verpflichtet, beim Bau Berliner Erwerbslose zu beschäftigen und für die Dauer eines Jahres Berliner Erwerbslose als Arbeiter aufzunehmen.

Damit ist schon ein weiteres Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge berührt: sie will nicht nur vorhandene Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose zugänglich machen, indem sie die Arbeitsverhältnisse erträglich gestaltet,





